

VAU

Verein für angewandten Umweltschutz e.V.
Berliner Straße 6 3250 Hameln Tel. 05151/51529

EXTRA

Der VAU wird 5:

Wir feiern Geburtstag !!!

Am 5. September vor 5 Jahren konnte die PreussenElektra gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten Albrecht und anderen Freunden aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Grohnde feiern. Für viele Menschen – nicht nur im Landkreis, nicht nur in den Bürgerinitiativen – war dieser 5. September ein schwarzer Tag: Ihr jahrelanger und mühevoller Widerstand gegen den Atommeiler schien vergebens gewesen zu sein; im Schatten von Reaktor und Kühltürmen veränderte sich ihr Lebensstil.

Für eine Handvoll Leute war aber am 5. September trotz aller Niedergeschlagenheit klar, daß sie sich nicht in das Schicksal der Schafe ergeben wollten, die



bald zu Füßen der Kühltürme grasen sollten. Sie hatten wenige Monate zuvor den Verein für angewandten Umweltschutz (VAU) e.V. gegründet und am 7./8. September gemeinsam mit dem Atomphysiker Dr. Eckhard H. Krüger vom Energie- und Umweltbüro Garching die ersten drei Radioaktivitätsmessstationen in Betrieb genommen. Seitdem hat der Verein keine Mühe und Kosten gescheut, um die bundesweit erste (inzwischen aber längst nicht mehr die einzige) Umgebungsüberwachung eines Atomkraftwerks in der Hand von Bürgerinnen und Bürgern aufzubauen. Heute wie damals wären wir lieber überflüssig. Gleichzeitig sind wir stolz auf unsere Arbeit und laden alle ein, sich bei uns zu informieren und mit uns zu feiern.

Das Programm:

um 15 Uhr

um 17 Uhr

um 20 Uhr

geht's los
spielt **QUESTION WHO**

spielt **DIRTY DAUGHTER**

PLANTAGE
– Tündernsche
Warte –



außerdem:

Infostände



– Solarenergie

– Trinkwasser

– Radioaktivität



Kinderprogramm

Tombola mit tollen
Preisen



Kaffee und Kuchen



Wer soll das bezahlen ?

Die Atomlobby muß Federn lassen: Nachdem im Früh Sommer die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (WAA) zu Grabe getragen wurde, ist nun auch das Schicksal des Thorium-Hochtemperaturreaktors Hamm-Uentrop (THTR) besiegelt. Selbst der ursprüngliche Plan, den THTR erst nach einer 2-jährigen "Auslaufphase" endgültig stillzulegen, ist mittlerweile ad acta gelegt worden. Die Atomherren, allen voran der VEW-Vorstandsvorsitzende Knizia, versuchen sich zwar noch in übeln Kungelgeschäften (der THTR soll nicht wieder angeschaltet werden, wenn dafür auf die geforderten Sicherheitsnachrüstungen im AKW Würgassen verzichtet wird!), ihr Image hat jedoch ein paar neue, unübersehbare Kratzer

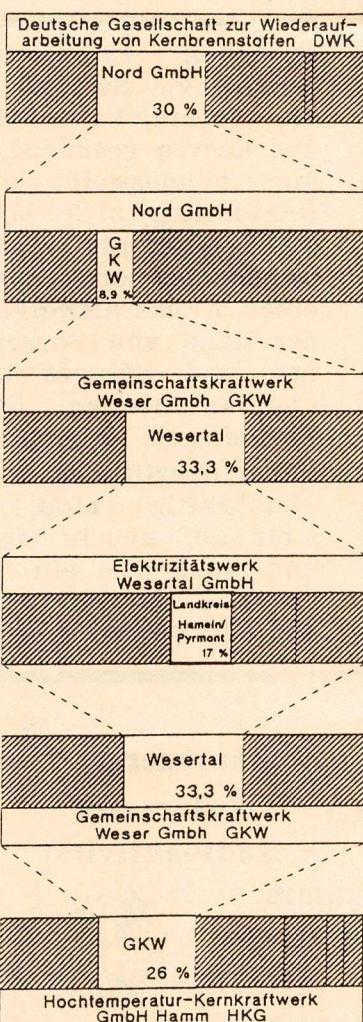
erhalten.

Jetzt taucht in der öffentlichen Diskussion "plötzlich" eine Frage auf, die die Atomgegner schon seit vielen Jahren beharrlich gestellt haben: die Frage danach nämlich, wer für die Kosten der Stilllegung aufzukommen hat. Und diese Kosten sind immens: im Falle des THTR sind zur Zeit 500 Millionen DM im Gespräch, in Wackersdorf wurden ca. 2 Milliarden DM in den Sand gesetzt. Und die jeweiligen Betreibergesellschaften haben natürlich überhaupt kein Interesse daran, diesen Milliardengräbern noch Geld hinterherzuwerfen. Aber es gibt ja zum Glück die öffentliche Hand, die mehr oder minder bereitwillig ihre Kassen öffnet. Und diese öffentliche Hand sitzt

nicht nur in Bonn; sie sitzt auch im Hamelner Kreishaus am Pferdemarkt. Was nämlich die wenigsten wissen: der Landkreis Hameln-Pyrmont ist indirekt sowohl in Wackersdorf als auch in Hamm-Uentrop finanziell beteiligt (siehe Grafik)! Rein rechnerisch stecken in der WAA rund 3 Millionen DM und im THTR rund 7,4 Millionen DM aus unserem Landkreis.

Der VAU fragt daher:

- Wie hoch ist der vom Landkreis zu entrichtende Beitrag zu den Stilllegungen von WAA bzw. THTR?
- Woher wird dieses Geld genommen?
- Woran ist der Landkreis - direkt oder indirekt - noch beteiligt und wie ist das jeweilige Risiko abgesichert?



AKW – Beirat:

VAU – Beteiligung

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Sitzung vom 13. Juni 1989 auf Antrag der CDU/FDP eine Entschließung zur "Besseren Information der Bevölkerung über Störfälle in kerntechnischen Anlagen" verabschiedet. Hier der Wortlaut:

"Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. mit den Betreibern von kerntechnischen Anlagen eine über die gesetzlichen Grundlagen hinausgehende Vereinbarung über die Pflicht zur Information der Öffentlichkeit bei besonderen Vorkommnissen zu treffen,

2. darauf hinzuwirken, daß an den Standorten von kerntechnischen Anlagen von den kommunalen Gebietskörperschaften Beiräte gebildet werden, die

von den Betreibern kerntechnischer Anlagen und, soweit erforderlich, von den Aufsichtsbehörden regelmäßig über die Sicherheit und die tatsächlichen Betriebsabläufe zu unterrichten sind."

In der Landtagsdebatte über diese Entschließung wurde von SPD sowie GRÜNEN gefordert, in diese zu bildenden Beiräte auch Vertreter der ortssässigen Bürgerinitiativen einzubeziehen, ähnlich wie das beim "Münchehagen-Ausschuß" der Fall ist. Ob dies verwirklicht werden kann, wird auf lokaler Ebene entschieden.

Der VAU erklärt hiermit jedenfalls sein grundsätzliches Interesse, in einem Grohnde-Beirat mitzuarbeiten und wird in dieser Angelegenheit nach den Sommerferien tätig werden.